

PRESSEINFORMATION 13/2025

IHK-Unternehmensbarometer zur Bundestagswahl: 90 Prozent der Betriebe sehen Bürokratiebelastung als deutlichen Wettbewerbsnachteil

BWIK-Vize Claus Paal: Klarer Handlungsauftrag an neue Regierung – Bürokratie runter, Verlässlichkeit rauf!

Stuttgart, 25. Februar 2025 – Der Wirtschaftsstandort Deutschland hat aus Sicht der baden-württembergischen Unternehmen deutlich an Attraktivität eingebüßt, insbesondere bei den Faktoren Bürokratiebelastung und verlässliche Wirtschaftspolitik. So sagen rund 90 Prozent der teilnehmenden Betriebe, die Wettbewerbsfähigkeit habe sich bei diesen beiden Faktoren verschlechtert. Zwei Drittel davon sehen bei der Bürokratie sogar eine sehr starke Verschlechterung, bei der verlässlichen Wirtschaftspolitik geben das 80 Prozent an. Diese Ergebnisse zeigt das IHK-Unternehmensbarometer zur Bundestagswahl, an dem sich in Baden-Württemberg mehr als 500 Betriebe aller Größen und Branchen im Vorfeld der Wahlen beteiligt haben. Beantwortet werden konnte jeweils auf einer Skala von eins (sehr verbessert) bis fünf (sehr verschlechtert).

„Die Ergebnisse dieser Umfrage sind in ihrer Deutlichkeit nicht zu überbieten. Eine überwältigende Mehrheit der Unternehmen sieht die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standorts massiv gefährdet. Das muss ein Weckruf an die Parteien sein, jetzt schnell und konstruktiv eine Regierung zu bilden“, sagt Claus Paal, Vizepräsident des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertages (BWIHK) und Präsident der IHK Region Stuttgart. „Eine monatelange Hängepartie ist das Letzte, was unsere Betriebe brauchen können. Eine neue Bundesregierung muss sich schnell an eine klare und langfristige Wirtschaftsagenda machen, die den Unternehmen Planungssicherheit gibt und bürokratische Hürden abbaut. Nur so können wir unsere Wettbewerbsfähigkeit zurückgewinnen und für die Zukunft sichern.“ Dazu gehört für den BWIHK-Vize auch, dass die neue Bundesregierung sich selbstbewusst gegenüber der EU positioniert. „Die Verantwortung einseitig nach Europa zu schieben, muss endgültig der Vergangenheit angehören. Wir sind die EU und wir müssen sie mitgestalten, vor allem im Sinne unserer Unternehmen.“

Gründe für wachsende Unzufriedenheit

Zu den Gründen für die wachsende Unzufriedenheit der Betriebe gehören neben den Bürokratiebelastungen und der fehlenden Verlässlichkeit in der Wirtschaftspolitik auch die hohen

Standortkosten, wie etwa Stromkosten (82 Prozent verschlechtert), Arbeitskosten (86 Prozent verschlechtert) sowie die Qualität der Verwaltung (32 Prozent verschlechtert).

Fast alle Unternehmen fordern Bürokratieabbau

Die Unternehmen geben der neuen Bundesregierung eine klare Handlungsempfehlung mit. Zur Frage, was sie vornehmlich anpacken sollte, nennen fast 96 Prozent den Bürokratieabbau. Auf dem zweiten Platz wünschen sie sich schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren (71 Prozent) sowie Verwaltungsleistungen zu beschleunigen und zu digitalisieren (68 Prozent). Zu dem passt auch, dass sich fast 60 Prozent der Befragten dafür plädieren, die digitale Infrastruktur generell zu verbessern. Eine höhere Flexibilität am Arbeitsmarkt (59 Prozent), eine moderne Verkehrsinfrastruktur (57 Prozent) sowie eine wettbewerbsfähige Klimapolitik (41 Prozent) werden ebenfalls genannt.

Auch rückblickend geben Unternehmen der Ampelregierung eine schlechte Note. Der Aussage, die aktuelle Gestaltung der Energiewende führe zu Mehrkosten im Betrieb und senke die Wettbewerbsfähigkeit, stimmen fast 68 Prozent der Betriebe zu. Ebenfalls halten 85 Prozent der Unternehmen für richtig, dass sich eine neue Bundesregierung verstärkt für Handelsabkommen der EU einsetzen sollte. Wenn es um die Finanzierung staatlicher Projekte geht, sagen 70 Prozent klar: die öffentliche Hand muss sparen! Gleichzeitig sind 34 Prozent der Befragten der Meinung, dass der Staat einen größeren Kreditpielraum haben sollte.

Zur Umfrage:

Am IHK-Unternehmensbarometer haben sich bundesweit etwas mehr als 4.000 Betriebe beteiligt. Davon kommen etwas über 500 aus Baden-Württemberg. Befragt wurden die Unternehmen aller Größen und Branchen zwischen dem 27. Januar und dem 5. Februar 2025.

Ihre Ansprechpartnerin bei Fragen:

BWIIHK | FF Volkswirtschaft
IHK Region Stuttgart
Franziska Stavenhagen
Telefon 0711 2005-1317
E-Mail: franziska.stavenhagen@stuttgart.ihk.de

Diese und weitere Pressemeldungen finden Sie [hier](#).

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHKs). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von weit mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.